

Text 2

## **Lateinamerikanische Bananenarbeiter\*innen lehnen den von ALDI erklärten Preiskrieg ab**

[Bonn, 26.11.2020] In den Preisverhandlungen für das kommende Jahr hat ALDI (Europa) angekündigt, den Vertragspreis pro Bananenkiste von 12,41 Euro auf 11,33 Euro zu senken. Damit hat Aldi erneut Proteste hervorgerufen. Lateinamerikanische Gewerkschaften protestieren, denn die Preispolitik von ALDI steht in einem eklatanten Widerspruch zu den eigenen Ansprüchen, für eine nachhaltige Bananenproduktion in Lateinamerika sorgen zu wollen.

Die Kosten für die niedrigen Preise tragen die Arbeiter\*innen auf den Plantagen. Darauf weist die Dachorganisation lateinamerikanischer Gewerkschaften (COLSIBA) in einer Stellungnahme hin: Sie erhalten nur einen Hungerlohn, der nicht ausreicht, die Kosten für Ernährung, Bildung und Gesundheit ihrer Familien zu stemmen. Die Deregulierung der Arbeitsgesetze in Ecuador, die weit verbreitete Zahl befristeter Arbeitsverträge und mangelnder Zugang zu Gesundheitsdiensten in den meisten Produktionsländern werden ebenfalls angeprangert.

Die Forderungen nach gerechteren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen werden von Plantagenbesitzer\*innen in Ecuador oder Guatemala mit dem Verweis auf die niedrigen Exportpreise teilweise mit Repressionen niedergeschlagen. „Mit ihrem Preiskampf verletzen dieselben Unternehmen in der kommerziellen Praxis ihre ethischen Bestrebungen. COLSIBA ist der Ansicht, dass die Zeit gekommen ist, dieser Doppelzüngigkeit ein Ende zu setzen“, so heißt es in der Stellungnahme.

„Es kann nicht sein, dass der Preis von Bananen von einer Handvoll Supermarktketten bestimmt wird“ fasst Pedro Morazán von SÜDWIND zusammen. „Die Preiskalkulation muss auf der Grundlage, der entlang der Wertschöpfungskette tatsächlich anfallenden Kosten gemacht werden. Die Zahlung eines existenzsichernden Lohns ist die Basis für eine solche Preiskalkulation.“

„Deutsche Supermarktketten tun im internationalen Vergleich besonders wenig für den Menschenrechtsschutz. Dabei verkaufen sie Produkte, für die Arbeiterinnen und Arbeiter mit Hungerlöhnen abgespeist und hochgiftigen Pestiziden ausgesetzt werden. Deutlich besser sind die Briten, unter anderem weil es dort ein Gesetz zu moderner Sklaverei gibt. Damit auch die deutschen Supermärkte echte Fortschritte machen, brauchen wir ein Lieferkettengesetz. Denn Leid und Ausbeutung dürfen keine Zutaten in unserem Essen sein“.

**Quelle:** Pressemitteilung von SÜDWIND [grychtol@suedwind-institut.de](mailto:grychtol@suedwind-institut.de)  
SÜDWIND ist eine Organisation, die sich u.a. für Arbeiterrechte, fairen Handel und nachhaltige Entwicklung einsetzt.